

Presseinformation

„Von politischer Teilhabe kann keine Rede sein.“ Diakonie-Studie belegt: Hartz IV schließt von politischer Teilhabe aus.

Nürnberg, 11. September 2019. Dass das Vertrauen in Demokratie sowie in politische Parteien auch von der wirtschaftlichen Lage der Wählerinnen und Wähler abhängt, wurde in Studien zwar immer wieder nachgewiesen. In einer Studie sind der Evangelische Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) und die Diakonie nun aber den Ursachen für diese Haltung auf den Grund gegangen - und kommen zu einem erschreckenden Ergebnis. Das politische System, so die Verfasser, schließt eine nicht unbeachtliche Bevölkerungsgruppe von allen Formen sozialer, ökonomischer, kultureller und eben auch politischer Teilhabe aus.

Mehr als 70 von Langzeitarbeitslosigkeit Betroffene wurden in der Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort!“ befragt und liefern eine alarmierende und erschütternde Analyse der Demokratiekrise aus der Perspektive ausgegrenzter und abgehängter Menschen am Rand der Gesellschaft. „Alle Befunde, die wir aus dieser Studie herausfiltern konnten“, so Franz Schultheis, Professor für Soziologie an der Universität St. Gallen, der die Studie wissenschaftlich begleitet hat, „verweisen darauf, dass unter diesen Bedingungen von Teilhabe in jedweder Form nicht die Rede sein kann.“ Die Studie zeige, dass die Hartz IV-Sätze wirklich nur ein Existenzminimum beinhalten, und das Leben von einer ständigen „Knappheit in allen Belangen“ geprägt sei. Die Konsequenz, so Schultheis weiter: Die Betroffenen wollen einem politischen System, das sie derartig missachte und nicht zur Kenntnis nehme, nicht noch ihre Zustimmung geben. „Es ist eine Totalverweigerung gegenüber dem politischen System, das die Menschen in dieser Lage belässt.“

Für Michael Bammessel, Präsident der Diakonie in Bayern, stellt die Studie ein Alarmsignal dar: „Eine Gesellschaft ist nur dann intakt, wenn sich möglichst viele Menschen aktiv einbringen können, statt perspektivlos am Rand bleiben zu müssen.“ Wenn eine große Gruppe in der Gesellschaft im Gang zur Wahlurne aber keinen Sinn mehr sehe, werde genau das Gegenteil dessen erreicht, was die Hartz-IV-Reformen eigentlich erreichen wollten: „Menschen sollten aktiviert werden. Stattdessen fühlen sich aber erschreckend viele Menschen durch die Regelungen gegängelt, missachtet und ihrer Chancen beraubt.“ Eine Gesellschaft, die in Schichten, Milieus und Gruppen zerfalle, führe zu Ungerechtigkeit, Unfrieden und Ausgrenzung. Bammessel: „Wir haben den Eindruck, dass die Risse und Gräben in unserem Land in den letzten Jahren besorgniserregend zugenommen haben.“

In der qualitativen Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zu Wort“ wurden Langzeitarbeitslose unter wissenschaftlicher Begleitung selbst zu Forschern. Sie haben in qualitativen Interviews die Motive langzeitarbeitsloser Nichtwähler erforscht und die vergessene prekäre Lebenswirklichkeit von Menschen im Hartz IV-Bezug intensiv ausgeleuchtet, und kommen unter anderem zu folgenden Ergebnissen:

- Hartz IV-Bezieher sind zu gesellschaftlicher Nicht-Existenz verdammt. Dies betrifft nicht nur die begrenzten materiellen Teilhabechancen im täglichen Leben. Vielmehr arbeiten Hartz IV-Empfänger aus Scham selbst am Unsichtbar-Machen ihrer Existenz mit.
- Politisch zeichnen die Befragten ein düsteres Bild - von einer vielfach ungerechten und gespaltenen Gesellschaft. Als Gegenbild rufen sie immer wieder die als „sozial gerecht“ bezeichnete alte Bundesrepublik (Bonner Republik) auf.

- Zentral für die Entscheidung zur Nichtwahl ist fehlendes Vertrauen, die Ignoranz der Politik gegenüber Langzeitarbeitslosen und Enttäuschung über nicht eingehaltene Wahlversprechen. Gleichzeitig schätzen die Befragten politisches und soziales Engagement und plädieren für direktdemokratische und andere Partizipationsformen.
- Viele Langzeitarbeitslose machen Ausgrenzungserfahrungen durch Nicht-Berücksichtigung der eigenen Interessen im politischen System, Vorurteile und der geringe Spielraum bei der gesellschaftlichen Teilhabe. Dies belastet auch die Beziehungen zu Familie, Freunden und Bekannten.

Die Befragten schreiben der Politik jedoch auch ein hohes Maß an Möglichkeiten zu, ihr Leben zu verbessern, und formulieren entsprechende Forderungen: „Es muss mehr bewegt werden in die Richtung, die Leute vorwärts zu bringen. [...] es müssen Wege gebaut werden, es müssen Leitern aufgestellt werden, die nach oben gehen“, so ein Betroffener in der Studie.

Die Konsequenzen, die sich aus der Studie ergeben, sind nach Ansicht der Verfasser eindeutig. Gesellschaft und Politik müssten endlich anerkennen, dass die aktuellen sozialrechtliche Bedingungen bei weitem nicht ausreichen. Schultheis: „Das, was man das Existenzminimum nennt, erlaubt in Wirklichkeit keine menschenwürdige Existenz. Menschen werden nicht integriert, sondern in Wirklichkeit sozial verwaltet und ausgrenzt - mit allen Folgen für die Demokratie und den gesellschaftlichen Zusammenhalt.“

Die Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose Nichtwähler melden sich zur Wort“ ist die zweite Studie, in der Langzeitarbeitslose von selbst Betroffenen befragt wurden. Bereits im Jahr 2017 erschien die Studie „Gib mir was, was ich wählen kann.“. Auch hier wurden Langzeitarbeitslose selbst zu Forschern und befragten auf Augenhöhe über 70 langzeitarbeitslose Nichtwählerinnen und -wähler zu den Motiven ihrer Nichtwahl. Der vollständige Text der aktuellen Studie steht unter www.studie-nichtwaehler.de zum kostenlosen download zur Verfügung.

Der Evangelische Fachverband Arbeit und Soziale Integration e.V. (EFAS) ist auf Bundesebene der Zusammenschluss von evangelischen bzw. diakonischen Trägern und ihrer Einrichtungen, die Arbeitslosen, insbesondere Langzeitarbeitslosen und anderen am Arbeitsmarkt Benachteiligten Arbeit, berufliche Qualifizierung und/oder Ausbildung bieten sowie von Fach- und Landesverbänden / Arbeitsgemeinschaften auf gliedkirchlich-diakonischer Ebene. Weitere Informationen über den EFAS finden Sie unter www.efas-web.de

Die Studie „Unerhört! Langzeitarbeitslose melden sich zu Wort“ wird von der Denkfabrik - Forum für Menschen am Rande im Sozialunternehmen Neue Arbeit Stuttgart in Kooperation mit dem Evangelischen Fachverband für Arbeit und soziale Integration (EFAS) herausgegeben. Professor Franz Schultheis von der Universität St. Gallen sowie Studenten und Studentinnen der Universität Stuttgart haben das Projekt wissenschaftlich begleitet.

Gerne vermitteln wir Interviews zu Prof. Franz Schultheis und anderen Personen, die an der Studie beteiligt waren.

Für weitere Fragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Sozialunternehmen NEUE ARBEIT gGmbH
Martin Tertelmann
Abteilung Presse und Medien
Gottfried-Keller-Straße 18c

70435 Stuttgart
Tel.: 0711. 273 01-197
Mobil: 0174. 858 92 80
mertelmann@neuearbeit.de
www.neuearbeit.de